

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stanzkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altknab

Leserpreis: 6 emittiert. Winterlohn in der Woche vom 1. bis 7. September 200 000.— M., unter Streifenband für Deutschland die Nummer 200 000.— M. Einzelnummer 100 000.— M.

Verlagsleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Nonpareilzeile 200 000.— M., auswärts 240 000.— M., die 8spalt. Melamzeile 800 000.— M., ausw. 1 000 000.— M., Ausland 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Ausgabe ermäßig. Familienangeh. Stellen- u. Mietzeile 40 000. Abz. für Brieflieferleg. 40 000 M.

Nr. 208

Dresden, Donnerstag den 6. September 1923

34. Jahrg.

Das Versagen der Mark

Ein wertbeständiges Zahlungsmittel als Ausweg

Die Katastrophe der Mark setzt sich in ungeheurer Geschwindigkeit weiter fort. Seitern stand der Dollar auf 20 Millionen Mark. Immer größer werden die Gefahren für unsere Wirtschaft, besonders die Gefahr, daß niemand mehr Papiergeld, das von heute auf morgen seinen Wert zum großen Teil verliert, nehmen will. Die Landwirte sind jetzt schon vielfach nicht mehr bereit, ihre Produkte gegen Papiergeld abzugeben. Dazu kommt, daß die schnelle Entwertung unserer Mark dazu führen muß, daß wir uns den durch den Marksturz erhöhten Weltmarktpreisen nicht nur sofort anpassen, sondern sie überschreiten, weil jeder versucht, sich durch eine hohe Prämie, die in die Preise einfließt, gegen zu hohe Selbstwertungsverluste zu sichern.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist man sich bei Verhandlungen zwischen dem maßgebenden Regierungskreis und den Banken darüber klar geworden, daß recht bald ein neues wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen werden muß. Es ist davon die Rede, daß nicht das Reich, sondern private Kreise diese Goldmarkbank errichten sollen. Von Delferich liegt angeblich ein Projekt vor, das die Schaffung von Roggennoten vorsieht. Man glaubt dadurch die Landwirtschaft zum schnellen Verkauf ihrer Vorräte veranlassen zu können. Ein andres Projekt geht auf die Schaffung einer Goldmarkbank, deren Kapital, von 200 bis 250 Millionen Gold einzahlbar, in Gold oder Devisen bemessen werden soll. Die Deckung dieser Noten soll, abgesehen von den das Kapital bildenden Devisen, durch Goldwechsel kreditfähiger Kreise erfolgen. Die Goldmarknote soll jedoch nicht allein die Währung bilden, sondern die Papiermark soll weiter für die Kreise, die noch nicht goldkreditfähig sind, bestehen bleiben. Solange das Reichsbudget noch nicht vollständig gedeckt ist, kommt nach Auffassung maßgebender Kreise eine volle Goldwährung nicht in Betracht. Ferner ist, so wird gemeldet, die Erfassung der Devisenbestände geplant, die Ausfuhr soll nach Möglichkeit vermehrt werden, und es wird von einer sofortigen Auflösung der Außenhandelsstellen gesprochen. Ferner soll die schärfste Devisenregulierung der Einfuhr eintreten.

Wahrlich, es ist die höchste Zeit, daß geschieht, was irgendwie geschehen kann. Bedenklich wäre es, wenn die neue Notenbank dem privaten Kapital überlassen würde, zumindest müßte das Reich auf ihre Leistung einen ausschlaggebenden Einfluß haben. Damit, daß man dem privaten Kapital soviel Macht überläßt, hat man doch wahrlich genug schlechte Erfahrungen gemacht. Ebenso müssen wir nach wie vor daran festhalten, daß unter den heutigen Umständen ein Abbau der Außenhandelsstellen noch nicht in Frage kommen sollte. Nur die Ausfuhrabgaben müssen vorläufig beseitigt werden. Zu begründen wäre es, wenn die Regierung sich endlich entschließt, den Versuch zu machen, möglichst den gesamten Bestand an Devisen, der in deutscher Hand ist, zu erfassen. Allen Devisen, von denen sich annehmen läßt, daß sie im Besitze von Devisen sind, müßte die Verpflichtung auferlegt werden, unter Eid zu erklären, wieviele Devisen sie besitzen, wobei auch Entschaden bei ausländischen Banken anzugeben wären. Die Ablieferung dieser Devisen müßte dann eventuell durch scharfe Zwangsmaßnahmen, Androhung hoher Strafen und der Vermögenskonfiskation, erzwungen werden. Die Ablieferung aller aus der Ausfuhr stammenden Devisen müßte verlangt werden. Auf diese Weise bekäme das Reich einen Devisenfondus, den es durch die Erfassung der Sachwerte noch vergrößern könnte. So würde die Grundbase für die Errichtung einer Notenbank geschaffen werden. Würden diese Maßnahmen bedurch unterstützt, daß mit aller Energie jede unnötige Einfuhr gestoppt und dadurch der Bedarf nach ausländischen Zahlungsmitteln beschränkt wird, so würde die Schaffung und Erhaltung eines wertbeständigen Zahlungsmittels wahrscheinlich möglich sein. Darüber muß man sich aber vollkommen klar sein, daß wir ein solches Zahlungsmittel nur wertbeständig erhalten können durch eine sehr energische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es muß sowohl dafür gesorgt werden, daß durch Steuern unser Reichshandelsbilanz ausgeglichen wird, aber auch dafür, daß sich nicht infolge einer falschen Wirtschaftspolitik unsere Handels- und Zahlungsbilanz ungünstig gestalten. Die Aufgaben, die hier zu lösen sind, sind ungeheuer schwer, aber die Gefahren, die der deutschen Wirtschaft drohen, erfordern es, daß jetzt ohne Verzug gehandelt wird.

Verbrecherisches Spiel der Spekulanten

Über das Treiben auf der Berliner Börse schreibt der Norddeutsche: Der Neupariser Schlußkurs wird hier nur noch wenig beachtet, solange er keine höhere Markbewertung aufweist als die Berliner Börse. Denn obgleich sich auch gestern die Mark in Neuparis weiter abschwächte, liegt der Schlußkurs mit einer Parität von circa 14 Millionen dennoch beträchtlich über dem Abendkurs für den Dollar in Berlin, der mit circa 17 Millionen genannt wurde. Das Spiel, das von der Spekulation augenblicklich getrieben wird, kann nicht anders als verbrecherisch genannt werden. Die Währungsintervention der Reichsbank in diesen Kreisen blickt willkürlich. Man nimmt dieser zu niedrigen Kursen die Devisen ab, um sie eine halbe Stunde später um Millionen höher loszuschlagen. Große Verluste gehen der weiteren Entwicklung mit schwersten Bedenken entgegen.

Das Vorgehen der Reichsbank wird von ihnen scharf verurteilt, während die dunklen Elemente im trüben Wasser. Auch der Bedarf des Rheinlandes, des Westens überhaupt erscheint auffallend groß.

Stellungnahme der Gewerkschaften

Berlin, 5. September. (Eig. Draht.) Die freigeberischen Spitzenorganisationen beschäftigen sich bereits seit mehreren Tagen mit der Frage der Geldwährung. Sowohl im A. D. G. u. im A. V. Bund als auch im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wird die Aufkündigung der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Tagen ein wertbeständiges Zahlungsmittel unbedingt notwendig gemacht. Am Freitag tritt der Bundesausschuß des A. D. G. u. zusammen, der sich ebenfalls mit der Einführung eines wertbeständigen Zahlungsmittels beschäftigen wird und zu dieser Frage endgültig für die freigeberischen Arbeiter- und Beamtenorganisationen Beschlüsse fassen dürfte. Der Bundesausschußsitzung kommt aber auch infolgedessen besondere Bedeutung zu, als sie in erster Linie auch zur Frage des passiven Widerstandes Stellung nehmen wird und sich außerdem mit dem Arbeitslosenproblem zu beschäftigen gedenkt.

Am Donnerstag wird sich der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats ebenfalls mit der Frage der Geldwährung befassen. Da sowohl die Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbände für die Goldwährung eintreten, ist bei der Zusammenkunft des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats anzunehmen, daß auch er sich für die Goldwährung entscheidet.

Keine Schwäche gegen Steuerabotage!

Die Erfahrung lehrt, und gerade die Gegenwart beweist besonders kräftig, daß unsere „nationalen Kreise“ nur einen Patriotismus kennen, der keine finanziellen Opfer kostet. Unter Patriotismus verstehen sie Hurraufen und Verleumdung auf Kosten der widerbemittelten Bevölkerung, wie es ihnen unter Herrn Cuno monatlang gefallt war. Sie haben kein Verständnis dafür, daß, wenn man die Weiterführung des Kampfes fordert, auch die notwendigen Mittel bereitzustellen sind, vor allem aber auf die landesverräterische Spekulation mit jenen Papiermarktreiblen zu verzichten ist, die unsern Erbschätzern des Nationalgefühls von einer Reichsbankleitung zur Verfügung gestellt werden, die täglich mehr den Verdacht erweckt, daß sie mit der deutsch-nationalen Propaganda betraut ist. Denn handeln wie Hebenstein kann nur ein Deutschnationaler! Trotzdem — verzichtet wird auf nichts! Man verlangt Fortsetzung des Kampfes, fordert weiterhin Kredite und verurteilt, den Staat trotz enbloßen Gewinnern um die ihm zustehenden Steuern, die schon an sich im Werte infolge der Inflation um mehr als die Hälfte gesunken sind, zu betrügen. Deshalb die Proteste gegen die Kopfsteuern, deshalb die enbloßen Stun-

dingungsgefecht. Die lediglich den Zweck haben, den Verpflichtungen gegenüber dem Staate zu einer Zeit nachzukommen, wo die Mark glücklicherweise den Nullpunkt erreicht hat. Diesem Treiben muß vorgebeugt werden. Der wesentliche Teil der mit neuen Steuern belasteten Patrioten ist in der Lage, die vom Staat geforderten Summen aus der Westentasche zu zahlen. Deshalb ist es nicht mehr als angebracht, wenn der Reichsfinanzminister jetzt auch am 11. d. M. mitteilen läßt, daß er vom Reichstag lediglich mit der Ausführung der Steuergefecht beauftragt und nicht in der Lage ist, Stundungsgefecht zu berücksichtigen.

Grenzenlose Agrarierfrechheit

Bayern an der Spitze der Steuerabotage

München, 5. September. (Eig. Drahtbericht.)

Das Beispiel des Dr. Helm macht in Bayern Schule. In einer nicht minder scharfen Protesterklärung tritt nun auch die Kreisbauernkammer von Oberbayern in die Deffektivität und behauptet, daß die neuen Steuern gegen die in der Reichsverfassung garantierte Unverletzlichkeit des Eigentums verstießen. Sie fordert Landtag und Regierung auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Durchführung dieser unschriebenen Form der Sozialisierung anzukämpfen. Der Gipfel nationaler Verantwortungslosigkeit kommt in folgender unbehüllter Drohung zum Ausdruck: „Wenn es sein muß, wird der Bauer seine Scholle mit dem Handwerkszeug in der Faust verteidigen.“ Einen vollendeten und beabsichtigten Hochberrat oder bedeutet es, wenn der Reichsbauer Angehöriger sich mit folgendem Mahnruf an seine bäuerlichen Kameraden: „Behaltet doch euer Geld zu Hause, mehr als gestohlen kann es euch dort auch nicht werden. Sucht ein gutes Versteck dafür... Wie das Bankgeheimnis schon preisgegeben wurde, werdet ihr euch noch erinnern, und heute, wo auch die Einigungswut der Sozialdemokraten bedroht, wäre euer Geld in einer Räuberhöhle sicherer als auf den Banken, wo es den Angriffen des Bolschewismus preisgegeben ist.“ Die bayerische Regierung läßt diese Journalistik ungehindert geschehen.

Die bayerischen Deutschnationalen machen inzwischen die Regierung jetzt im Landtag mobil. Sie verlangen von Krilling, daß er sich unverzüglich in Berlin für eine Lenkung der Steuergefecht einsetzt und bei ebendieser Weigerung der Reichsregierung Bayern selbst freierliche Ausführgestimmungen erteilt. Nach dem unzeitigen Aufmarsch der Reichsregierung des Dr. Helm unterdessen von ihrem Besuch bei den zuständigen Reichsministern mitgebracht hat, ist man in hiesigen maßgebenden Kreisen über die jetzt einzuschlagende Taktik unschlüssig, denn darüber ist man sich im Klaren, daß eine Aufhebung der erlassenen Gesetze unter keinen Umständen zu erreichen ist, und daß andererseits in der Praxis eine Milderung der Steuerhärten ganz von selbst eintritt, soweit der Ruck der Steuergefecht damit nicht in Frage gestellt wird. Für die „baterländische“ bayerische Regierung ist es also nicht leicht, die ihr von verächtlichen Seiten angebotene Führertolle im Kampf gegen die Steuergefecht zu übernehmen. Den Weg zu entscheidenden Beschlüssen soll ihr die nächste Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei ebnen.

Faschismus gegen Völkerbund

Das Spiel des in Italien regierenden Faschistenhauptlings Mussolini mit dem Völkerbund ist zwar formell noch nicht entschieden — da der „Völkerbund“ immer noch „berät“ — aber in der Sache hat der Faschismus den Völkerbund bereits geschlagen. Das ist ein Vorgang von gewaltigen weltpolitischen Folgen, dessen Bedeutung man von Haus aus festhalten muß.

Die italienische Regierung hat genau wie die übrigen alliierten Mächte den Versailler Vertrag unterschrieben und damit auch den ersten Teil dieses Vertrages, die Völkerbundakte, anerkannt. Laut Paragraph 10 dieser Akte verpflichten sich alle dem Völkerbund angehörenden Staaten, die territoriale Unversehrtheit und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und jeden Angriff von außen her zu unterlassen. Ferner besagt der Artikel 12, daß alle etwa zwischen den Bundesmitgliedern entstehenden Streitfälle, die zum Bruch führen könnten, dem Schiedsgerichtsverfahren oder einer Untersuchung durch den Rat zu unterbreiten sind und daß in keinem Fall vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Fällung des Schiedspruches oder Erstattung des Berichtes des Rates zum Kriege geschritten werden darf. Italien hat weder den Paragraph 10 noch den Artikel 12 geachtet, denn seine Regierung ließ nach Ablauf eines vierundzwanzigstündigen Ultimatus, ohne Kenntnisgabe an den Völkerbund, Korfu besetzen. Diese militärische Maßnahme bedeutet zweifellos eine „kriegerische Handlung“, die nach Artikel 16 der Völkerbundakte eigentlich „sämtliche übrigen Bundesmitglieder verpflichtet, unverzüglich mit Italien alle Handels- und finanziellen Beziehungen abzubrechen. Vor diesem Schritt sind die Bundesgenossen Italiens zurückgeschreckt. Was der Fall umgekehrt wäre Griechenland, also ein Staat, der machtpolitisch gegenwärtig keine besondere Bedeutung hat, der Angreifer, dann dürften auch die sachlichen juristischen Begründungen, wie sie Mussolini seinem Vorgehen zugrunde legt, vergeblich sein — denn

würde nach Paragraph 16 der Völkerbundakte gehandelt werden.

So erweist sich der Senker Bund der Völker, auf den bereits so viel Hoffnungen gesetzt wurden, schon rein äußerlich als Spielzeug in der Hand einzelner allierter Staaten. Das gleiche trifft zu für das Gesamtverhalten dieses Bundes, der Entschlußkraft bisher nur gefehlt hat, wenn keine Gefahr für die innere Einheit der Ententemächte bestand, der aber auf Konsequenz und auf Innehaltung seines Status selbst Verzicht leistete, als es hieß, den Namen „Völkerbund“ zu rechtfertigen. Trotz dem bereits acht Tage dauernden Konflikt, der verständigungsbereden Haltung Griechenlands und trotz dem Druck der englischen Regierung hat man in Genf noch nicht gewagt, auch nur eine Grundlage für die Lösung des Konfliktes vorzuschlagen. Statt dessen kopulierten die „Bund der Völker“ vorläufig vor den Drohungen der italienischen Regierung, aus dem Bunde auszutreten, wenn er es wagen sollte, sich über einen Konflikt zu äußern, dessen Klärung ihm statutengemäß zukommt!

Die Meldungen aus Genf besagen, daß am Mittwoch der Völkerbundrat wieder verhandelte, aber wieder zur Vertagung einer Beschlussfassung kam. Salandra bestritt dem Völkerbund das Recht, sich in Italiens Vorgehen einzumischen, da die Besetzung Korfus nur — „eine Usurpation“ sei, aber beileibe „ein kriegerischer Akt“. Diese abgefeimte Gemeinheit ist die modernste Formel des imperialistischen Imperialismus. Der Vertreter Griechenlands erklärte, die Annahme der italienischen Auffassung würde den Zusammenbruch des Völkerbundes bedeuten, weshalb sich der „hohe Rat“ letztendlich wieder vertagte.

Die Hauptmächte empfinden auch, weshalb es England, das Italiens Sieg über den Völkerbund tatsächlich den Zusammenbruch des Völkerbundes

bedeuten würde. Die englischen Staatsmänner dringen deshalb auf Regelung, aber sie bringen nicht durch, obgleich Frankreich angeblich hinter ihnen stehen soll. Aber die Fran-